

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernhard Henter (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Besetzungsverfahren für die Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz

Die **Kleine Anfrage 237** vom 31. August 2011 hat folgenden Wortlaut:

Im Besetzungsverfahren für die Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz hat das Land gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Koblenz (Az. 2N. 572/11.KO) Beschwerde eingelegt. In der 3. Sitzung des Rechtsausschusses am 9. August 2011 hat der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz ausgeführt, dass das Land in diesem Verfahren eine rechtliche Einschätzung des Oberverwaltungsgerichts für sinnvoll halte und dass er die Rechtsmeinung des Oberverwaltungsgerichts in das inzwischen fortgeführte Besetzungsverfahren (vgl. Justizblatt 10/2011 vom 22. August 2011) einfließen lassen wolle.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat das Land seine beim Oberverwaltungsgericht eingelegte Beschwerde inzwischen begründet?
2. Wenn ja: Welchen Antrag/welche Anträge hat es gestellt?
3. Hat sich das Land in seiner Begründung auch zu der Frage geäußert, in welcher Form das Besetzungsverfahren (wieder) aufzunehmen ist?
4. Wenn ja: Welche Rechtsauffassung hat das Land vertreten?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. September 2011 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Ja.

Zu 2.:

Es hat den Antrag gestellt, den Beschluss des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 26. Juli 2011 (2 N572/11.KO) aufzuheben und den Antrag auf Anordnung eines Zwangsgeldes abzulehnen.

Zu 3.:

Nein.

Zu 4.:

Entfällt.

Jochen Hartloff
Staatsminister

